

Aktenzeichen: 8 AZR 596/96
Bundesarbeitsgericht 8. Senat

Urteil vom 19. März 1998
- 8 AZR 596/96 -

I. Arbeitsgericht
Stralsund

Urteil vom 31. Januar 1996
- 10 Ca 199/95 -

II. Landesarbeitsgericht
Mecklenburg-Vorpommern

Urteil vom 05. Juni 1996
- 2 Sa 90/96 -

Für die Amtliche Sammlung: Nein
Für die Fachpresse : Nein
Für das Bundesarchiv : Nein

Entscheidungsstichwort:

Ordentliche Kündigung wegen Tätigkeit für das MfS - Falsch-
beantwortung

Gesetz:

KSchG § 1

Leitsätze:

K e i n e



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

8 AZR 596/96

2 Sa 90/96 Mecklenburg-Vorpommern

Verkündet am
19. März 1998

Im Namen des Volkes!

U r t e i l

Bittner,
Amtsinspektor
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

In Sachen

pp.



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

hat der Achte Senat des Bundesarbeitsgerichts aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 19. März 1998 durch den Vorsitzenden Richter Prof. Dr. Ascheid, die Richter Dr. Müller-Glöge und Dr. Mikosch sowie die ehrenamtlichen Richter Dr. Haible und Brückmann für Recht erkannt:

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landesarbeitsgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 5. Juni 1996 - 2 Sa 90/96 - aufgehoben.

Der Rechtsstreit wird zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten der Revision, an eine andere Kammer des Landesarbeitsgerichts zurückverwiesen.

V o n R e c h t s w e g e n !

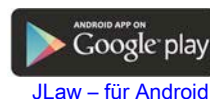
T a t b e s t a n d u n d E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e :

Die Parteien streiten in der Revisionsinstanz noch über die Wirksamkeit einer vorsorglich ausgesprochenen ordentlichen Kündigung vom 12./19. April 1995, die der Beklagte mit einer Tätigkeit der Klägerin für das frühere MfS und mit falschen Erklärungen der Klägerin hierzu begründet hat. Das Landesarbeitsgericht hat die ordentliche Kündigung für unwirksam erachtet. Mit der Revision erstrebt der Beklagte die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils, mit dem die ordentliche Kündigung für wirksam erachtet worden war. Die Klägerin beantragt, die Revision zurückzuweisen.

Die Revision ist begründet. Das Landesarbeitsgericht hat die ordentliche Kündigung unter Prüfung von Art. 20 EV i. Verb. m. Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Abs. 5 für unwirksam erachtet. Als Norm für die Unwirksamkeit der Kündigung kann allein § 1 KSchG in Betracht kommen. Diese Vorschrift ist



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



nicht geprüft. Die Voraussetzungen nach den Sonderkündigungstatbeständen des Einigungsvertrages sind nicht identisch mit denen nach § 1 KSchG.

Das angefochtene Urteil war daher aufzuheben und der Rechtsstreit an das Landesarbeitsgericht zurückzuverweisen.

Ascheid

Müller-Glöge

Mikosch

Haible

Brückmann





[JLaw – Gesetze und Urteile](#)

Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile

[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)